

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:
Tageblatt Rieser,
Dresden Nr. 22,
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptkollektors Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1580,
Strolche:
Rieser Nr. 22.

Nr. 274.

Dienstag, 25. November 1930, abends.

88. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Austritts von Produktionsverrichtungen, Beschädigungen der Böden und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 8 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Grundstich-Zeile (8 Zeilen) 20 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Melantheile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Beauftragter Redakteur: wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät, Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Drucker, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Die Terror-Wahlen in Ostoberschlesien.

Das Ergebnis der Terrorwahlen in Ostoberschlesien war voraussichtlich. Was sich in der letzten Woche in unmittelbarer Nähe der deutschen Grenze abspielte, erinnert an die schlimmsten Tage der Luftkämpfe. Nur langsam sickern die Nachrichten besonders aus den Randteilen durch. Sie zeigen, daß die Deutschen durchweg vogelfrei waren. Daß regelrechte Kämpfe stattfanden, wird durch die Zahl von sechs Toten allein in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag bewiesen.

Wenn trotz dieses unerhörten Terrors die Pilsudski-Partei keine Mehrheit errungen hat, sondern mit der Korjant-Partei in Bezug auf die Zahl der Mandate auf der gleichen Stufe steht, so kann dieses Ergebnis nur als eine katastrophale Niederlage bezeichnet werden. Sämtliche Beamte von den Eisenbahnen bis zu den Lehrern wurden bei der Wahl aufs schärfste überwacht und mußten die Wüste der moralischen Orientierung wählen. Den Angehörigen der in polnischen Händen befindlichen großen Industriebetriebe blühte das gleiche Schicksal. Auf dem Lande gab es keine Wahlzellen. Jeder einzelne Zettel wurde von den Aufständigen eingesehen. Wer protestierte und seiner bisherigen Partei treu blieb, riskierte sein Leben. Der Gewinn von neun Mandaten durch den Pilsudski-Block steht zu diesem Terror in durchaus keinem Verhältnis, besonders, da auch Korjant einen Zuwachs von drei Mandaten erhielt. Bei den gleichzeitigen Wahlen für den Senat hätte die Sanacja sogar ihr bisheriges Mandat ein.

Die Verluste der deutschen Wahlgemeinschaft, die von 15 Mandaten 8 verlor, entsprechen demgegenüber in keiner Weise der wirtlichen Stimmgabe. Man vergesse nicht, daß Hunderttausende von deutschen Wählern aus den Ertümlichkeiten gestrichelt wurden, weil man ihre Staatsangehörigkeit bezweifelte, daß die deutsche Wahlliste für den Wahlkreis Bielitz-Bielag für ungültig erklärt worden war, wodurch neue Tausende von Stimmen verloren gingen, daß der Terror gegen die Deutschen am schlimmsten wütete. Wenn deshalb die über den Wahlen etwa 100 000 Stimmen weniger gezählt wurden, so bedeutet das niemals ein Abwärtswenden der deutschen Wähler. Das Gegenteil ist der Fall. Von den 65 000 Stimmen, die Korjant mehr erhielt, gebührt fast alle deutschen Wählern an, die auf diese Weise trotz des Terrors ihre Abneigung gegen die Regierungsmethoden zu bekunden suchten. Rechnet man zu diesen Korjant-Gewinnen noch die Hunderttausende von Stimmen hinzu, die der deutschen Wahlgemeinschaft durch die Streichung ihrer Listen verloren gingen, so erhält man ein Bild der deutschen Stimmung, das eher von einem "Aufwachen", als von einem Niedergang sprechen läßt. Auch diese Terrorwahlen bestätigen die Ansicht der Deutschstimmführer, daß die jetzige deutsche Minderheit einen festen Block darstellt, der in Wirklichkeit nicht mehr zu erschüttern ist und der treu zu seinen Führern steht, auch wenn er nach außen hin unter dem Druck von Knuten und Revolvern zum Teil eine gewisse "Tarnung" der Bestimmung vornehmen muß.

Das praktische politische Ergebnis der Wahlen ist für die Pilsudski-Partei und ihren Führer Gracynski so unbefriedigend, wie möglich. An den bisherigen Abstimmungsverhältnissen im schlesischen Sejm wird nichts geändert. Die Deutschen bilden nach wie vor das Jünglein an der Waage, und da nach der Verfassung Korjant nach weniger an ein Zusammengehen seiner Leute mit der Sanacja zu denken ist, als früher, haben sie jederzeit die Möglichkeit, den Woiwoden zusammen mit den Korjantisten niederzustimmen. Der Sejm ist also auch weiterhin im Sinne der Regierung "arbeitsunfähig". Er wird dementsprechend nach jedem Zusammentreten sofort verlagert und ist die gesetzliche Zeit nach Hause geschickt worden. Ostoberschlesien wird weiter von den Woiwoden diktiert verwaltet werden.

Einen Tag vor der Wahl hat im übrigen der Woiwode dem Präsidenten der gemischten Kommission Calonder, der beschwerdeführend bei ihm vor sprach, Wünsche gegeben, die noch in den nächsten Wochen die europäische Politik beschäftigen werden, weil sie die ungeheuerlichste Ungehörigkeit der Verdrängung des wahren Sachverhalts darstellen, die jemals auf eine amtliche Intervention erfolgte. Nach einem Bericht des Krakauer Illustrierten Kuriers erklärte Gracynski, daß die gerügten polnischen Mitglieder, die zur Wiederherstellung aller Deutschen und vor allem des Deutschen Volksbundes anforderten, nur eine innerpolnische Parteiangelegenheit sind. Das ist eine glatte Lüge. Der Deutsche Volksbund ist bekanntlich keine polnische Partei, sondern eine durch die Genfer Konvention garantierte, kulturelle Organisation, die über jeder Partei steht. Gleichfalls eine Lüge ist die polnische Behauptung, daß die Terrorakte der Aufständischen durch deutsche Terrorakte hervorgerufen wurden. Sämtliche darüber in der polnischen Presse veröffentlichten Behauptungen haben sich als bloße Erfindungen herausgestellt. Wagt man dagegen, daß polnische Aufständische aus Kuda sogar über die Grenze nach dem deutschen Ostoberschlesien kamen und dort die Entfremdung eines Berichtes über die polnischen Gräueltaten in Hohenbierden aus einem Schaufenster mit Gewalt erzwangen. Deutschland steht hier vor einer polnischen Entlastungs-Erfahrung, die nicht scham genug zurückgewiesen werden kann. Es ist unbedingt zu fordern, daß vom Auswärtigen Amt in Berlin sofort Schritte unternommen werden, um den polnischen Terror gebührend zu brandmarken. Deutschland ist als Mitunterzeichnet des Genfer Abkommens

Schwerer Unglücksfall beim Bau einer Förderbrücke. Sieben Tote, mehrere Verletzte.

Pauchhammer. In Klein-Beipisch sind gestern nachmittag bei der Montage einer Förderbrücke durch die Mitteldeutschen Stahlwerke infolge des Abbrüchens eines Brückenteils sieben Monteure tödlich verunglückt, mehrere weitere Arbeiter wurden schwer verletzt.

Dresden. In dem schweren Montagungsunfall, das sich am Montag auf der kurz vor der Vollendung stehenden Braunsfelderbrücke bei Klein-Beipisch ereignete, ist ergänzend zu melden, daß ein Bauteil der unteren Baustränge aus 20 Meter Höhe in den Tagebau stürzte. Dabei wurden 7 Tote und 15 Schwere und 5 Leichtverletzte zu beklagen.

Berlin. Wie dem Amtlichen Preussischen Pressebüro vom Grubeninspektorsamt mitgeteilt wird, ist am Montag nachmittag in dem Tagebau der Grube Marianne bei Klein-Beipisch (Kreis Liebenwerda, Prov. Sachsen) ein Unfall bei der Montage des unteren Baustranges der Förderbrücke abgefallen. Die Unfallunterlage ist im Gange.

Liebenwerda. Zum Anhalt der Förderbrücke in Pauchhammer schreibt das "Liebenwerdaer Kreisblatt" u. a. folgendes:

Zur Kabinettsitzung vom Montag.

Berlin. Ueber die Sitzung des Reichskabinetts, die am Montag mehrere Stunden mit einigen Unterbrechungen dauerte, verläutet, daß zunächst die Vorgesänge in Ostoberschlesien zur Ausprache standen. Der deutsche Generalkonsul für Ostoberschlesien, Herr von Grünau, ist aufgefordert worden, bis Mitte der Woche einen eingehenden Bericht an das Auswärtige Amt zu erstatten. Man nimmt an, daß auf Grund dieses Berichtes dann das Kabinettsitzung darüber schlüssig wird, welche Maßnahmen von deutscher Seite gegenüber den polnischen Terrorakten zum Schutze der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien zweckmäßig zu ergreifen sein werden. — Das Kabinettsitzung beschäftigte sich ferner mit der Frage der parlamentarischen Verabschiedung des Sanierungsprogrammes. Auch hierüber kam es nicht zu einer abschließenden Entscheidung, da der Reichskanzler erst in den nächsten zwei Tagen die Besprechungen mit den Parteiführern des Reichstages zu Ende führen will. — Endlich beschäftigte sich das Kabinettsitzung noch mit dem Problem einer Tarifrevision bei der Reichsbahn-Gesellschaft, um so der Preissteigerung einen neuen Impuls zu geben. Die Beratungen hierüber werden gleichfalls in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Sie gestalten sich bisher dadurch sehr schwierig, daß die Reichsbahn-Gesellschaft sich infolge ihrer Finanzlage unpopulären Tarifabbaumaßnahmen widersetzt hat.

Die Frage einer neuen Rotverordnung.

Berlin. (Hanspruch.) Es ist bekanntlich damit zu rechnen, daß die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern bis etwa Dienstag bereits die notwendige Klarheit bringen werden, damit der Kanzler dann seine Entscheidung über die Inkraftsetzung des Finanz- und Wirtschaftsprogrammes fassen kann. Die Entscheidung, in welcher Form die Inkraftsetzung erfolgt, liegt jetzt bei den Parteien. In den Besprechungen mit ihnen soll festgelegt werden, ob sich eine parlamentarische Verabschiedung bis spätestens 28. Dezember, also bis Weihnachten, ermöglichen läßt. Dabei ist die Regierung bereit, Änderungen der Rechnung zu tragen, die den Charakter und die Bedeutung ihres Programmes nicht ändern oder schwächen.

Wenn sich nun herausstellt, daß eine parlamentarische Mehrheit nicht gesichert erscheint, so wird das Programm zweifellos nach vor dem 1. Dezember, an dem der Reichstag wieder zusammentritt, durch Rotverordnung in Kraft gesetzt werden. Es würde dann dem Reichstag überlassen bleiben, die Aufhebung der Rotverordnung zu beschließen. In politischen Kreisen ist man aber der Ansicht, daß es den Parteien zum Teil selbst schwerer ist, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, so daß in dieser Richtung keine ernstlichen Befürchtungen gehegt werden. Jedenfalls ergibt sich aus der ganzen Situation, daß das Reichskabinettsitzung sein Sanierungsprogramm mit aller Energie durchzuführen will.

Die Tabaksteuer vor dem Haushaltsausblick.

Berlin. (Hanspruch.) Der Haushaltsausblick des Reichstages führte die Einzelansprache über die Rotverordnung bei dem Titel "Tabaksteuer" fort. Ministerdirektor Dr. Ernst (Reichsfinanzministerium) erläuterte eine Anzahl dem Ausschuss angeleiteter Tabellen über Belastung und Abgabentwicklung der Tabak-

Gestern nachmittag gegen 8 Uhr hörten Klein-Beipischer Einwohner ein brechendes und knackerndes Geräusch, dessen Herkunft im Augenblick nicht zu erklären war. Fast an gleicher Zeit durchlief den Ort die Nachricht, daß im Bergwerk der Subbia, wo Tagebau betrieben wird, ein Teil der von den Mitteldeutschen Stahlwerken errichteten Förderbrücke aus etwa 20 Meter in die Tiefe stürzte sei. In Folge der Unfälle wurden mehrere Menschenmassen zur Unlucksküste. Die Förderbrücke stand aber noch. Nur ein Teil der unteren Baustränge lag zertrümmert in der Grube. Man war damit beschäftigt, mittels Seilen das Laufband über die Walze zu ziehen, als sich die ersten Anzeichen einer weiteren Senkung von Brückenteilen bemerkbar machten. Unmittelbar darauf erfolgte der Bruch. Die schwere Eisenkonstruktion neigte sich und stürzte in die Tiefe, eine große Anzahl Arbeiter unter sich begrubend. Sechs Personen wurden sofort getötet, ein Schwerverletzter kam gleich darauf, außerdem wurden weitere 7 Personen schwer, 2 mittelschwer und 5 leichtverletzt. Von den letzteren konnten bereits zwei wieder als gesund aus dem Krankenhaus entlassen werden. Von den Toten stammen zwei aus Beipisch und die anderen aus Pauchhammer.

erzeugnisse. Danach wird der Gesamtbeitrag aus Steuern und Zöllen für Tabakzeugnisse mit rund 1 Milliarde 211 Millionen pro Jahr errechnet. Das bisherige Aufkommen aus Tabaksteuer und -zoll stellte sich auf 1106 Millionen, so daß ein Mehrbetrag von 206 Millionen aus der Steuer und Zollerhöhung sich ergeben wird. Hiervon seien aber 87 Millionen auf Grund des Artikels 4 des Entwurfes abzugeben, so daß der Mehrbetrag für 1931 auf 119 Millionen anzunehmen sei. Eine Tabelle über die Verteilung der Ausgabenbelastung, die die bisherige Belastung der Tabakzeugnisse aus Steuer und Zoll der zukünftigen Belastung gegenüberstellt, kommt zu folgenden Ergebnissen: Zigaretten bisher 222 Millionen, künftig 304,18; Zigarettenstängel bisher 754,1, künftig 844,20; feingehackter Raucherstab (steuerbegünstigter) bisher 73, künftig 85,8 (anderer) bisher 1,3, künftig 1,1; Pfeifenstab bisher 41,1, künftig 52,7 (also 8,65 Millionen mehr); Rohstab bisher 8,3, künftig 5,5; Schnupftabak bisher 2,1, künftig 3 und Zigarettenstängel unverändert 5 Millionen.

Befronnis

um das Schicksal der Grönland-Expedition.

Seit zwei Monaten keine Nachricht von Professor Wegener. Berlin. (Hanspruch.) Seit fast zwei Monaten fehlt jede Nachricht von den Teilnehmern der großen deutschen Expedition, die seit Frühjahr dieses Jahres auf dem grönländischen Hinlandsteil mit wissenschaftlichen Forschungen beschäftigt ist. Die Expedition hatte auf der Mitte der grönländischen Eisberge in 3000 Meter Höhe 400 Kilometer von dem Ort und Wehrande entfernt eine Beobachtungsstation errichtet, in der der Hamburger Meteorologe Dr. Wegener seit Monaten mit meteorologischen Messungen beschäftigt ist.

Am 2. Oktober telegraphierte Wegener: „Auf der vierten Bundeshörsitzung der Zentralkommission mitten im Inlandsteil traf plötzlich ein Wettersturm ein, der enorme Ränge brachte. Von unseren Grönländern wollten wenn nicht mehr weiter und kehrten zurück. Dr. Löwe und ich sind mit vier Grönländern weitergegangen.“

Dieses Telegramm, das von den zurückgeschickten Grönländern aufgegeben worden ist, ist die letzte Nachricht von Wegener.

Anzeigen

gegen die Direktoren der Deutschen Bank.

Berlin. (Hanspruch.) Die Antikassenschele meldet: Bei der Staatsanwaltschaft I Berlin sind bisher zwei Anzeigen gegen die Direktoren der Deutschen Bank wegen Straftaten und Falschrechnungen eingegangen. Beide Anzeigen sind auf Grund der Paragraphen 266/268 der Reichsabgabenordnung an die Finanz- beziehungsweise Zollbehörde abgegeben worden, und werden zur Zeit beim Landesfinanzamt für Berlin und Brandenburg bearbeitet.

In dieser Mitteilung erklärt die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft, daß sie die in der Presse gegen einzelne Mitglieder ihrer Verwaltung erhobenen Angriffe selbstverständlich zum Gegenstand eigener Untersuchung gemacht hat, daß sie aber angesichts der bei den zuständigen Behörden schwebenden Ermittlungen zu der Angelegenheit in der Öffentlichkeit keine Stellung nehmen zu sollen glaubt. Sie unternimmt auch nichts und hat nichts unternommen, um Veröffentlichungen in Zeitungen oder deren Verbreitung zu verhindern.

lands in Warschau zu fordern. Wenn Deutschland weiterhin sich auf allgemein gehaltene Proteste der deutschen Öffentlichkeit beschränkt, besteht für das Fortbestehen des Deutschen Reiches in Ostoberschlesien die größte Gefahr.